



Fraktion LÖS

---

## Antrag zur Beschlussfassung

Eingang am 31.05.2022

**Vorlagen-Nr.**

**A-7059/2022**

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	15.06.2022
Stadtverordnetenversammlung	05.07.2022

---

### Titel:

**Erneutes und kurzfristiges Interessenbekundungsverfahren für die Neuorientierung des „JuniorClubs Poststraße 20,, hin zur Horteinrichtung**

### Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Betrieb einer Kindertagesstätte im Betreuungsbereich Hort am Standort Poststraße, unter den Luckenwalder Trägern kurzfristig auf Interessentensuche zu gehen.

Die Interessenten werden um Einreichung eines Konzepts gebeten, welches im Fachausschuss vorgestellt werden soll.

Die Entscheidung über den künftigen Träger des Horts Poststraße trifft die Stadtverordnetenversammlung.

### Begründung:

Im BKS-Ausschuss am 27.04.2022 wurde darüber informiert, dass neben dem JuniorClub in der Ludwig-Jahn-Straße auch der Vertrag zum Betrieb des „JuniorClubs Poststraße“ beendet wird (TOP 2.1). Am Standort Poststraße soll ein neuer Betreibervertrag zum Betrieb einer Kindertagesstätte im Betreuungsbereich Hort geschlossen werden.

Der vom DRK betriebene Juniorclub in der Poststraße bietet seit 2017 ein nach KitaG anderes (alternatives) Betreuungsangebot an. Nun soll dieses Angebot aufgrund befristeter und nunmehr auslaufender Betriebserlaubnis, einer geringen Auslastung und offensichtlicher (u.a. pädagogischer) Nachteile, die der Amtsleiter am 27.04.2022 benannt hat, wieder (wie bis 2017) als Horteinrichtung nach KitaG betrieben werden. Auch erhoffe man sich bessere finanzielle Rahmenbedingungen, da so die Eltern wieder reguläre Elternbeiträge zahlen würden.

Als in der Stadtverordnetenversammlung am 28.02.2017 die Wahl für den Betrieb der Einrichtung in der Poststraße an das DRK fiel, sollte ein alternatives Konzept umgesetzt werden, das sich von der traditionellen Hortbetreuung unterscheidet und kostengünstiger sein sollte - geringere Betreuungszeiten/Kind und geringere Betreuungsquoten/Kind sollten z.B. geringere Personalkosten ermöglichen.

**ANLAGEN:**

**„2017-02-08\_BKS\_Schaffung eines alternativen Betreuungsangebotes für Grundschüler\_Poststraße\_Vorlage.pdf“**

**„2017-02-28\_StVV\_Trägerschaft des alternativen Betreuungsangebotes für Grundschüler\_DRK\_Vorlage.pdf“**

Vorab wurden Gespräche mit potentiellen Trägern für ein solches alternatives Betreuungsangebot geführt. Die beiden Interessenten – Volkssolidarität und DRK-Kreisverband Fläming-Spreewald e.V. – stellten am 08.02.2017 im BKS-Ausschuss ihre Konzepte vor. Dabei lehnte sich die Volkssolidarität an die traditionelle Hortbetreuung an (S. 14, KONZEPTION für ein alternatives „Anderes Angebot für Kinder im Grundschulalter“ in Luckenwalde, Volkssolidarität, Februar 2017). Das DRK untertitelte sein Konzept nur als „ergänzend zum Hort“ (Rahmenkonzept für ein Alternatives Betreuungsangebot, DRK, Januar 2017).

**ANLAGEN:**

**„DRK\_Praesentation\_2017-02-08.pdf“**

**„VS\_Praesentation\_2017-02-08.pdf“**

Nach damaliger Einschätzung der Verwaltung entsprach das deutlich „pädagogisch offene“ DRK-Konzept eher den Vorgaben der gewünschten Rahmenbedingungen. Dem gegenüber hob die Volkssolidarität die pädagogische Hortarbeit (zwar in einem veränderten Konzept) hervor: „Für das von uns geplante Vorhaben bildet dennoch die traditionelle Hortbetreuung eine Schlüsselposition. Hierzu zählt unter anderem die Hausaufgabenbetreuung...“ (S. 14, Konzept, Volkssolidarität, Februar 2017). Für alle Räume wurden konkrete Nutzungen vorgegeben und Angebote sollten unterbreitet werden, unter denen die Kinder auswählen könnten. Hinzu kamen höhere Kosten, weil die Volkssolidarität nur mit qualifiziertem Personal nach KitaG arbeiten wollte.

Die Stadtverordneten entschieden sich mehrheitlich für das DRK-Konzept.

Dieses Konzept soll nun aufgegeben werden – wieder zugunsten eines klassischen Hort-Konzepts. An einer solchen klassischen Hortarbeit wollte sich die Volkssolidarität schon 2017 bei Betrieb der Einrichtung Poststraße deutlich orientieren und möglicherweise wäre es dann nicht zu der jetzigen Situation gekommen.

Kritisch muss man zudem anmerken, dass die Horteinrichtung seit 2015 eine gültige Betriebserlaubnis für mindestens 95 Kinder für das hintere Schulgebäude besaß. Diese lief mit dem Auslaufen der damaligen Horteinrichtung 2017 aus. Nun steht ein neuer Träger vor der unsicheren Situation, ob diese Erlaubnis zu den Bedingungen und Kapazitäten überhaupt und so kurzfristig wieder zu erlangen sein wird.

Da es sich nach KitaG aktuell um eine grundsätzliche Neuorientierung der Einrichtung in der Poststraße handelt, sollte, wie auch 2017 von der Stadt gewünscht und durchgeführt, ein erneutes Interessenbekundungs-Verfahren in aller Kürze stattfinden. Dazu benennt die Verwaltung die nun neuen Rahmenbedingungen und erfragt die Interessenlage unter den potentiellen Trägern. Sollte es Interessenten neben dem DRK geben, müssen die Konzepte vorgestellt werden können. Die Wahl der Betreiberschaft erfolgt durch Abstimmung der Stadtverordnetenversammlung.

Dr. Anja Jürgen  
*Fraktionsvorsitzende LÖS*

Anlagen